

42 - 15.05.1999

Angst um „Chio Chips“ und den eigenen Keller

Floriansprinzip erschwert Hochwasserschutz / Polder Trebur: Martini fordert Wiesbadener CDU-Kollegen zum Handeln auf

Von unserem Redaktionsmitglied Monika Paul

MAINZ - Umweltministerin Klaudia Martini (SPD) will ihren neuen hessischen Amtskollegen Wilhelm Dietzel (CDU) auffordern, den Bau des Polders Trebur durchzusetzen, nachdem sie bei seinen grünen Vorgängerinnen „auf taube Ohren gestoßen“ sei, sagt die rheinland-pfälzische Umweltministerin Klaudia Martini.

Sie wünsche sich „endlich ein Entgegenkommen der hessischen Landesregierung“. Der Polder Trebur sei wichtig, um die Hochwasserspitze für die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt und für den gesamten Mittelrhein zu kappen.

Bislang ist der Streit zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen um den rechtsrheinischen Rückhalteraum anschaulicher Beleg für das St. Floriansprinzip. Hessen ist vertraglich nicht zum Bau des Polders verpflichtet, verwies auf die deutsch-französische Vereinbarung zum Polder-Bau von 1982. Danach schafft Ba-

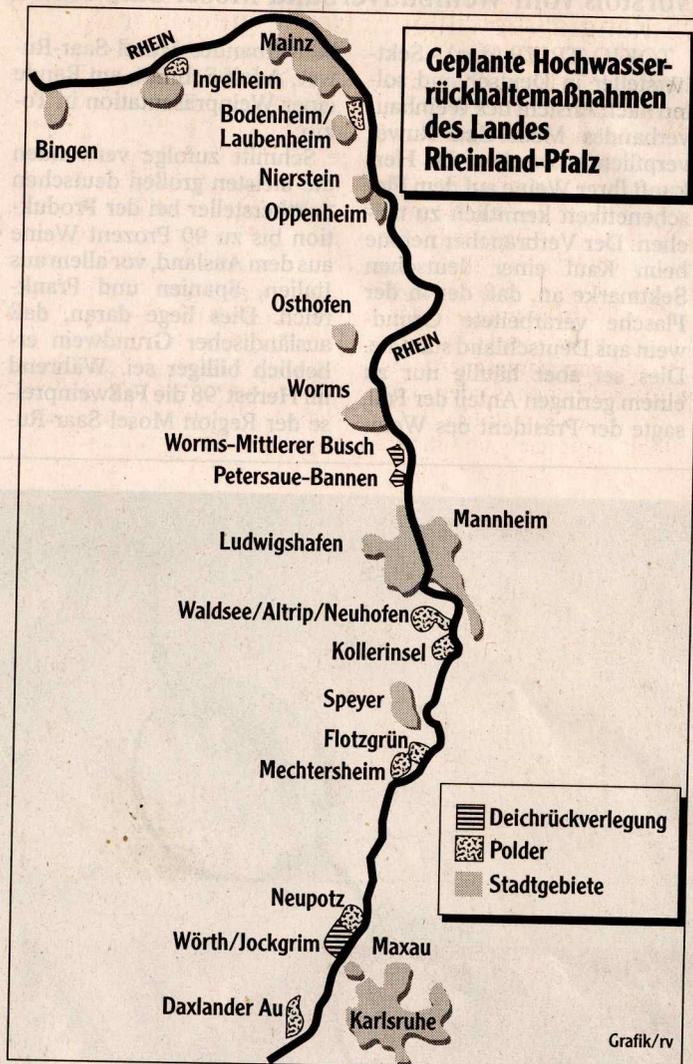
den-Württemberg Überflutungsräume von 126 Millionen Kubikmeter, Frankreich für 56 Millionen und Rheinland-Pfalz für 44 Millionen Kubikmeter. Die Kosten von 300 Millionen Mark für elf Polderbauten in Rheinland-Pfalz teilen sich zu je 40 Prozent Bund und Land. 20 Prozent muß Hessen beisteuern.

Bis 2008 sollen die rheinland-pfälzischen Hochwasserrückhaltungen fertiggestellt sein. Bislang sind aber nur die Polder Daxlanderau und Flotzgrün ganz beziehungsweise weitgehend einsatzbereit, die Deichrückverlegung bei Worms gerade im Bau. Von Ingelheim über Bodenheim bis nach Mechttersheim (Pfalz) und Würth stehen die Rückhalteräume vor dem Planfeststellungsverfahren. Solange Rheinland-Pfalz nicht umgesetzt habe, was Hessen mitzählen, solle Mainz mit Forderungen zurückhaltend sein, hatte die Wiesbadener Landesregierung stets argumentiert. Andererseits: Das Mainzer Kabinett sei bereit, das auch nicht ganz unkomplizierte Projekt in Trebur finanziell zu unterstützen.

Hochwasser sei „für die meisten Menschen nur in zwei Fällen interessant“, hat Martini gelernt: „1. wenn es da ist und jeder fragt, was dagegen zu tun ist“ und „2. wenn Hochwasserschutzmaßnahmen vor der eigenen Haustür geplant sind. Dann ist jeder dagegen.“

Mit der Schneeschmelze in der Schweiz dräut gerade wieder Fall eins. Die Pegel steigen rasant. Die Gefahr, die am Rhein zwischen Iffezheim und Bingen mit jeder neuen Hochwasserwelle für 700 000 Menschen und ein Gesamtvermögen von 121 Milliarden Mark herbeischwappt, habe darüber hinaus mit einem Ursachenbündel zu tun: Staustufenbau, Flächenversiegelung, Strombegradigung, Siedlungen zu nahe am Wasser.

Für ihre Vision, „daß es in Rheinland-Pfalz eine Identifikation mit dem Rhein und mit den Besonderheiten der einmaligen Rheinauenlandschaft“ gibt, startete Martini 1998 ein Pilotprojekt zwischen Mainz



aus öfter Wassermassen in einem ungesteuerten Überflutungsraum, der die vier- bis fünffache Fläche beansprucht, gibt Martini weiter zu bedenken. Wie mächtig die Naturgewalt Rhein ist, veranschaulicht ihr Ministerium gerne mit historischen Landkarten. Bis zu 40 Kilometer quer mäanderte der Strom, bevor er im 19. Jahrhundert durch die Rheinbegradigung ins jetzige Bett gepreßt wurde. Die Staustufen bei Iffezheim und Gamsheim machten den Wasserweg zur Rennstrecke: heute fließt das Hochwasser noch schneller und höher ab, überlagert sich in seiner Spitze mit Fluten aus Main und Neckar.

Um dem Rhein ein kleines Stück früherer Ausdehnungsmöglichkeiten zurückzugeben, haben sich Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg über den vereinbarten Polder-Bau hinaus 1991 nicht nur auf eine einheitliche Höhen für die Rheinhauptdeiche geeinigt. Bei jeder Deichertüchtigung soll auch geprüft werden, ob die Deichlinie zurückverlegt werden kann, um neue Retentionsräume zu schaffen. Bislang sind 18 Kilometer der pfälzischen Deiche ausgebaut worden, berichtet Klaus König von der „Neubaugruppe Hochwasserschutz Oberrhein“. Die Kosten pro Kilometer liegen bei ein bis zwei Millionen Mark. 300 Millionen Mark stellt das Land zur Verfügung. Als „Musterbeispiel“ gilt Martini das Projekt Worms-Bürgerweide. Zwischen Rheinkilometer 440,2 und 441,4 wird der bestehende Hauptdeich geöffnet und zurückverlegt. Dadurch entstehen zwei Millionen Kubikmeter zusätzlicher Hochwasserrückhalteraum. Landschaftspflegerischer Nebeneffekt: ein 70 Hektar großes Auengebiet sei wiederbelebt worden. Und vielleicht hoffnungsvolles Symbol für den Zwei-Länder-Streit zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen: die Erdmassen, die bei Worms zum neuen Deich aufgetürmt werden, stammen aus der hessischen Landeshauptstadt, von der Wiesbadener ICE-Baustelle.

Mehr Raum für den Rhein

□ Durch Rückverlegung bestehender Deiche hält der Strom wieder ein größeres Überflutungsgebiet, in das Hochwasser gefahrlos ein- und abfließen kann (ungesteuerte Hochwasserrückhaltung).

□ Polder sind von Deichen umgebene Rückhalteräume (gesteuerte Retentionsräume), die gezielt geflutet werden, um extreme Hochwasser aufzufangen. Nach internationaler Absprache werden die Polder über ein Einlaßwerk geflutet. Mit sinkendem Pegelstand fließt das Wasser ab.

und Ingelheim. Bürger sollen an einem neuen Leitbild für die Rheinauen mitarbeiten.

Landesweit ist dies eher die Ausnahme: Denn wenn es konkret um die Ausweisung gesteuerter Überflutungsflächen geht, erntet Martinis Ministerium ganz andere Reaktionen. „Da lautet das Motto: ich bin dagegen“, ärgert sich Ministerialdirigent Hans-Bernd Ellwart, Abteilungsleiter „Wasserwirtschaft“. Befürchtungen - auch in Bodenheim bei Mainz wurden schon laut: der Hochwasserrückhalteraum führe zum Anstieg des Grundwassers, das dann in die Keller drücke, argwöhnen die Anwohner. Bei Flutung des Polders überschwemmten Schadstoffe aus dem Rhein die

Äcker, der Boden bleibe belastet, so die Bauern. Landwirte aus der Pfalz, sagen: Vertragsanbau für Lebensmittelindustrie oder Supermarktketten sei nicht mehr möglich: Wo im Ernstfall Rheinwasser dahindümpele, hätten Kartoffeln unter der Krume als „Chio Chips“ keine Zukunftschance.

Das Ministerium versucht, alle Bedenken zu zerstreuen: bei einem gesteuerten Polder werde per Gräben und Schöpfwerk ein Anstieg des Grundwassers im Ort verhindert. Auch die Landwirte könnten unbesorgt sein: die Schadstoffbelastung liege unter den Richtwerten, für Ernteauffälle gebe es Ausgleichszahlungen.

Besser alle 20 bis 30 Jahre eine Polder-Flutung als weit-